

nicht autorisiert - nicht zitierfähig**Möller (AfD):**

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Innenminister, es ist schön, dass Sie es einrichten konnten, hier zu sein. Der Einzelplan 03 des Ministeriums des Innern und für Kommunales setzt die falschen Schwerpunkte. Überhaupt sehen wir den Bereich der öffentlichen Sicherheit und Ordnung deutlich unterfinanziert. Der Gesamthaushalt des Einzelplans 03 beträgt knapp eine Milliarde Euro. Wir hatten in unserem Wahlprogramm einst 9 000 Beamte gefordert - Sie werden es mit diesem Haushalt nicht annähernd schaffen, der Zahl von 8 500 Beamten einen großen Schritt näher zu kommen.

Wir als AfD-Fraktion haben auch einige Änderungsanträge zum Einzelplan 03 eingebracht. Natürlich wurden sie alle abgelehnt. In diesem Einzelplan gibt es regelrechte Ausreißer. Ich fange einmal an: Wir wundern uns schon gar nicht mehr, dass der Verfassungsschutz missbraucht und zum Regierungsschutz umfunktioniert wird. Auf Seite 37 des Einzelplans setzen Sie 2 Millionen Euro für die Nachrichtenbeschaffung an. Wir würden eher sagen: Für die Bespitzelung der größten Oppositionsfraktion werden Haushaltsmittel zweckentfremdet. Der Verfassungsschutz sollte sich lieber auf seine Kernaufgaben besinnen und sich nicht auf die Überwachung der Opposition fokussieren. Jede Art von Extremismus ist zu bekämpfen - ob links, rechts oder aus dem islamischen Bereich. Das ist der Punkt.

Ein weiterer Ausreißer ist der sogenannte Abschiebebeobachter, der an den Flughäfen Tegel und Schönefeld eingesetzt war und nun am Flughafen BER eingesetzt werden soll. Auf Seite 39 werden dafür 31 100 Euro angesetzt. Wir fragen uns: Was soll das? Mit der Finanzierung dieser fragwürdigen Maßnahme unterstellt die Landesregierung ihren eigenen Mitarbeitern und auch der Bundespolizei, sie könnten bei der Rückführung gegen Recht und Gesetz verstoßen. Das ist ein Vertrauensbruch! Stellen Sie sich hinter die Bediensteten, anstatt sie unter Generalverdacht zu stellen! Wir fordern die Streichung dieses Titels.

nicht autorisiert - nicht zitierfähig

Thema Flüchtlingsberatung: Auf Seite 167 werden eben mal 860 100 Euro - allein diese Zahl finde ich klasse - für eine unabhängige Flüchtlingsberatung bereitgestellt. Begründung: unabhängige Verfahrensberatung in der Erstaufnahmeeinrichtung. Was bitte soll da unabhängig sein? Den Grünen in der Landesregierung ist wohl zu verdanken, dass die unsinnige Ausgabe für die Asylverfahrensberatung sogar noch zusätzlich aufgestockt worden ist. Die Grünen frohlocken - der Steuerzahler muss es blechen: 860 000 Euro!

Im Bereich der Asylbewerber bzw. Flüchtlinge greift die Landesregierung über die sogenannte Sozialindustrie richtig tief in die Landeskasse. Eindrucksvoll sind in diesem Zusammenhang bereits die Zahlen auf Seite 199 des Einzelplans zur Zentralen Ausländerbehörde mit dem Hauptsitz Eisenhüttenstadt und Außenstellen in Berlin etc. Allein die Mietkosten steigen auf 4,7 Millionen Euro. Für weitere Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz werden für das nächste Jahr 43 Millionen Euro veranschlagt. Werden Sie damit auskommen, wenn Sie als Landesregierung weiterhin aus Griechenland übernommene Ausländer über die vereinbarten Quoten hinaus ins Land einfliegen? Sie wollen ja mehr als 200 Personen pro Jahr zusätzlich aufnehmen. Ich fordere Sie auf, endlich an den Ausgaben zu sparen!

Große Sprüche klopft die Landesregierung auch mit ihrer sogenannten Taskforce für Abschiebung. Diese wird aber nur im Fall von Schwerstkriminellen tätig. Die Taskforce soll auch nicht wirklich alle vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländer abschieben. Hier setzen Sie weiterhin auf Freiwilligkeit, was wiederum Millionen kostet.

Herr Ministerpräsident, setzen Sie sich im Bundesrat doch bitte für die Sicherung der Grenzen ein, um die unerlaubte Migration und das Geschäft der Einschleusung von Ausländern zu stoppen. So kann man auch millionenschwere Kosten für den Staat reduzieren.

In meiner Heimatstadt Frankfurt (Oder) habe ich im Rahmen der dortigen Haushaltsberatungen mitbekommen, dass die Stadt immer mehr für Sozialtransfers ausgibt. Die Sozialleistungskosten explodieren. Bei einem 270-Millionen-Euro-Etat für

nicht autorisiert - nicht zitierfähig

ganz Frankfurt (Oder) werden allein für Soziales 115 Millionen Euro ausgegeben. Im Jahr 2010 waren es noch 77 Millionen Euro. Im gesamten Land Brandenburg dürfte es kaum besser aussehen.

Zum Thema Feuerwehrinfrastruktur: Wir wollten 15 Millionen Euro zusätzlich für die Feuerwehrgerätehäuser bzw. für die Infrastruktur ausgeben. Die Kameraden der Feuerwehr brauchen funktionierende Gerätehäuser und Technik. Als ich im Sommer in Frankfurt (Oder) mit Vertretern der Stadt einige Gerätehäuser der freiwilligen Feuerwehr besuchte, sah ich baufällige Gebäude, die eine Frechheit für die ehrenamtlich tätigen Kameraden darstellen. Solche Zustände sind eines wohlhabenden Lands wie Deutschland unwürdig! Die Kameraden durften Räume ihres Gerätehauses wegen eines abgesackten Fundaments nicht mehr nutzen. Halb herausgefallene Toilettenfenster und faustbreite Risse in der Fassade komplettierten den Eindruck von diesen Schrottimmobilen bei der freiwilligen Feuerwehr. Darüber hinaus sieht man dort einen Fuhrpark an Einsatzfahrzeugen, die reif fürs Museum sind. Ich hatte Staatssekretär Schüler eine Fotomappe dieser baufälligen Gebäude übergeben, und er zeigte sich beeindruckt. Ich danke ihm an dieser Stelle dafür, dass er mir zugehört und diese Mappe angenommen hat. Leider hat er die Zuständigkeit für diesen Bereich aufgegeben und den Vorgang seinem Nachfolger Herrn Dr. Grünewald übergeben. Auch wir haben bereits Kontakt aufgenommen. Ich freue mich, dass man mit Leuten aus der CDU reden kann!

Angeblich lässt der Haushalt in Frankfurt (Oder) nicht zu, diese baufälligen Gerätehäuser sofort zu ersetzen, weil kein Geld dafür da sei. Auch hier setzt man falsche Schwerpunkte. Bürgerschaftliches Engagement stärkt man nicht mit ein paar Anstecknadeln aus Blech oder mit einer Jahresprämie von 200 Euro, sondern mit modernster Technik, zeitgemäßen Gebäuden und Gemeinschaftsräumen ohne Ekelfaktor.

Ebenfalls abgelehnt wurde unser Änderungsantrag bezüglich eines Versorgungstitels auf Seite 142, die dort angesetzten 50 000 Euro auf 500 000 Euro anzuheben. Es handelt sich dabei um Vorsorgegelder, die an Hinterbliebene ausgezahlt werden,

nicht autorisiert - nicht zitierfähig

welche zwar Kinder haben, aber nicht verheiratet sind. Im Haushalt 2019/20 wurden nur 50 000 Euro angesetzt. Das hat rein symbolischen Charakter. Für uns ist es nicht nachvollziehbar, dass man an dieser Stelle keine Vorsorge betreibt.

Im Bereich der Polizei hätten wir uns auch mehr gewünscht. Wir forderten mehr für die Ausrüstung der Polizei. Wir forderten Sie auf, im Umfeld von Bahnhöfen und öffentlichen Gebäuden, in Fußgängerzonen und auf verkehrsreichen Plätzen in ganz Brandenburg sowie in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes Videoaufklärungssysteme nach neuestem technischen Stand zu installieren - und zwar Kameras, die je nach Einsatzort verdächtiges Verhalten, Stimmungen, Geräusche, Personengruppen, herrenlose Gepäckstücke, Brände etc. erkennen können. Für diese Videosysteme mit künstlicher Intelligenz und entsprechender Spezialsoftware forderten wir mehr Mittel. Aufgrund des Mehrbedarfs an Polizeibeamten besteht auch hier ein Mehrbedarf an entsprechender Ausrüstung. Ein Lichtblick in der Prävention ist ja der Einsatz von körpernahen Kameras, den Body-Cams. Investieren Sie bitte in moderne Ausrüstung! Halten Sie Anschluss an den aktuellen Stand der Technik, bevor Sie unser Land wie im Fall der Asservatenverwaltung wieder der Lächerlichkeit preisgeben - ich denke nur an das verschwundene Auto, an die Walther PPK; das hätte nicht sein müssen. Investieren Sie in Technik, um den Personalmangel bei der Polizei zu mildern. Jeder vierte Polizist steht heutzutage vor der Pensionierung.

Weiterhin fordern wir 2,2 Millionen Euro mehr für zusätzliche Polizeistellen. Brandenburg bewegt sich in der PKS im bundesweiten Vergleich lediglich im Mittelfeld. Es gibt also keinen Grund, an der Polizei und der inneren Sicherheit zu sparen. Mit Ihrer großzügigen Einwanderungspolitik und Abschiebeverhinderungspraxis haben Sie genug Gefährder und Kriminelle ins Land geholt.

(Zuruf: Unerhört!)

nicht autorisiert - nicht zitierfähig

- Das sage ich trotzdem. - Weil Sie nicht genug von diesen Leuten bekommen können, wird sich die Sicherheitssituation in den kommenden Jahren verschlechtern. Dann stehen eine Menge Polizisten im Pensionsalter einer Menge junger Männer mit Migrationshintergrund gegenüber. Fahren Sie einmal nachts, wenn niemand zuschaut, durch Frankfurt (Oder) und sehen sich an, was dort für Leute herumlaufen - da wird einem angst und bange.

Wie wollen Sie mit diesem Haushalt gegenüber der Bundespolizei und den Landespolizeien anderer Bundesländer bestehen?

(Zurufe)

- Lassen Sie mich ausreden! - Wie wollen Sie junge Leute dazu motivieren, irgendwo weit draußen im Brandenburgischen ihren Dienst zu verrichten?

Dieser Haushalt ist für uns so, wie er jetzt ist, abzulehnen. Setzen Sie das Geld bitte insbesondere im Bereich der Feuerwehr ein; das würde uns freuen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Präsidentin Prof. Dr. Liedtke:

Vielen Dank. - Jetzt erhält Herr Abgeordneter Lakenmacher für die CDU-Fraktion das Wort.